ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Wachsende Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1965) : Wachsende Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 8, pp. 419-429

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133513

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die fünfte Herausforderung, die in Recklinghausen sichtbar wurde, besteht in der Aufforderung an jeden Bürger, die ihm gebotenen Freiheitsrechte wahrzunehmen. „Wer nichts von den öffentlichen Dingen versteht und sich nur für seinen kleinen Herd interessiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm das Fell über den Kopf gezogen wird." — Konsequenterweise müßte man hierauf fordern, daß sich jeder Wirtschaftsbürger für seinen Staat interessiert — ein Vorhaben allerdings, das — wie Ortlieb deutlich machte — nicht ohne eine radikale Änderung unseres Ausbildungs- und Bildungswesens erreicht werden kann, in dem die politisch-ökonomische Bildung einen größeren Raum hätte, als das heute der Fall ist. Vieles wäre indessen schon erreicht, könnte man den Bürger gegenüber zwei extremen Ideologien immun machen, gegenüber Ideologien, die heute wie vor hundert Jahren in den Köpfen der meisten von uns herumspuken. Die eine Ideologie ist die liberalistische und beinhaltet die Ansicht, daß die Staatstätigkeit die Freiheitsberaubung automatisch mit sich bringt. Die andere Ideologie ist die kollektivistische und besagt, daß die Staatstätigkeit in sich stets segensreich sei. Beide sind jedoch nichts anderes als bloße Vorurteile. Die Tätigkeit des Staates ist an sich weder gut noch böse. Weder ist es möglich, durch eine Ausweitung der staatlichen Tätigkeit allen Übeln unserer Zeit beizukommen, noch ist es denkbar, dieses Ziel einfach durch einen Abbau der Staatstätigkeit zu erreichen. Entscheidend ist nicht die Quantität, sondern allein die Qualität staatlicher Tätigkeit. Gelänge es, Programme zur stärkeren Rationalisierung der staatlichen Ausgabenwirtschaft durchzusetzen, wie sie in Recklinghausen z. B. von Michalski skizziert wurden, so würde ein Gegensatz zwischen der Steigerung des Lebensstandards und wachsender Staatsausgaben nicht mehr bestehen, wie er — offenbar in provokatorischer Absicht — im Generalthema der Tagung anklang („Steigerung des Lebensstandards oder wachsende Staatsausgaben?"). Denn natürlich ist steigender Lebensstandard nicht statt und auch nicht trotz einer Ausweitung der Staatstätigkeit erreichbar, sondern durch sie — sofern sie rational konzipiert ist. Die Aufforderung an uns alle, nach Wegen zu suchen, dies zu erreichen und damit das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat auf eine gesunde Basis zu stellen, umschrieb in Recklinghausen Littmann mit einem Wort des ehemaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy: „Frage nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern frage, was du für den Staat tun kannst!"

Wachsende Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Heute, 17 Jahre nach der Währungsreform, ist in unserer Bundesrepublik vieles von dem ins Hintertreffen geraten, was sich nicht über private Unternehmungen und Haushalte, über Angebot und Nachfrage auf dem Markt an wirtschaftlich, sozial und kulturell Notwendigem bereitstellen ließ. Während der Lebensstandard, soweit er auf den privaten Einkommen beruht, rasch und nachhaltig gehoben werden konnte — allerdings bei gleichzeitig einseitiger Vermögensverteilung —, blieb und entstand offenbar ein anderer Nachholbedarf, nämlich jener, der sich nur auf staatswirtschaftlichem Wege bewältigen läßt. Jedenfalls sprechen dafür die großen Nachholprogramme, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik von allen Regierungen und Parteien entwickelt worden sind. Diese Pläne treten in scharfe Konkurrenz zu der bisher dominierenden privaten Bedarfsbildung über den Markt. Wir stehen offensichtlich vor der Notwendigkeit, unsere gesamte bisherige Bedarfsbildung kritisch zu überprüfen und politisch zu entscheiden, wie weit und wie sie evtl. geändert werden muß. Wir stehen also vor einer großen und umfassenden wirtschaftspolitischen Aufgabe. — Angesichts dieser Situation sind folgende Fragen nach der „wachsenden Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft" zu stellen. Weshalb ist der Staat überhaupt — langfristig gesehen — zunehmend wirtschaftspolitisch aktiv geworden, bzw. weshalb hat die sich selbst überlassene Marktwirtschaft als Koordinationsfaktor nicht ausgereicht? Und welche Schwierigkeiten stellen sich aus unseren politischen und gesellschaftlichen Zeitverhältnissen einer rationalen Wirtschaftspolitik entgegen, die u. a. jene offensichtlich notwendige Bedarfsumbildung durchführen will?

DER TREND ZUR GEMISCHTEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

Die Erfahrungen, welche die modernen Industrievölker in den letzten hundert Jahren gemacht haben, haben übereinstimmend gelehrt, daß eine marktwirtschaftliche Koordination der Entscheidungen privater Haushalte und Unternehmungen allein nicht in der Lage ist, alle lebenswichtigen Interessen der indu-

striellen Gesellschaft wahrzunehmen. Daß Aufgaben, wie z. B. der ausreichende Ausbau der Infrastruktur, die Vollbeschäftigung, eine sozial befriedigende Einkommensverteilung, die nationale Sicherheit sich marktwirtschaftlich nur unzureichend oder überhaupt nicht lösen ließen, hat deutlich gemacht, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung — bei allen Vorzügen, die sie in anderer Hinsicht besitzt — nicht ausreicht, um Industriegesellschaften und ihre Völker vor ökonomischen und politischen Existenzkrisen zu bewahren. — Das hat vor allem zwei Gründe:

1. kommt es bei einer rein marktwirtschaftlichen Koordination zu Massenreaktionen, die nicht immer — wie die liberalistische Wirtschaftstheorie es darstellt — einen Ausgleich, sondern mindestens ebenso häufig eine Akkumulation von Fehlentscheidungen und Mangellagen hervorrufen können. So kann der marktwirtschaftliche Koordinationsprozeß selbst immer wieder ins Stocken geraten. Dies ist unvermeidlich, weil es in der sich selbst überlassenen Marktwirtschaft an einer den einzelnen privaten Haushaltungen und Unternehmungen, den Individuen und Gruppen übergeordneten politischen Instanz fehlt, die jenen problematischen Massenreaktionen rechtzeitig und wirkungsvoll begegnen kann, wofür moralische Appelle in der Regel allein nicht ausreichen.

2. lassen sich nicht alle existenzwichtigen Bedarfe auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der am Gewinn orientierten Privatinitiative und der privaten Nachfrage ausreichend berücksichtigen. Das hat vor allem drei Ursachen:

a) Einmal liegt es daran, daß die marktwirtschaftliche Einkommensverteilung nicht alle in den Stand setzt, für alle existenzwichtigen Bedürfnisse ausreichende Kaufkraft zur Verfügung zu haben. Ein Beispiel: Auf der ausschließlichen Grundlage ihrer privaten Einkommen könnte auch heute die Mehrheit der Bevölkerung sich keine ausreichende Krankenversorgung oder Ausbildung leisten.

b) Zum andern könnte man, selbst wenn jeder über ausreichende Einkommen verfügte, nicht mit Sicherheit damit rechnen, daß die private Haushaltsnachfrage bzw. das aus privater Unternehmerinitiative entspringende Angebot mit seiner Reklame sich zureichend existenz- und wachstumswichtigen Bedarfen zuwenden würde. Zwei Beispiele: Viele Menschen bleiben unter zum Teil gesundheitsschädigenden Verhältnissen in ihren Nissenhütten oder sonstigen Behelfsheimen wohnen, nicht weil es ihnen an Kaufkraft für eine mehr oder weniger komfortable und hygienisch einwandfreie Wohnung fehlt, sondern weil sie diese Kaufkraft lieber für teure Gebrauchsgüter, etwa für ein eigenes Auto, verwenden wollen. — Dieser leichten Verführbarkeit der Konsumenten entsprechend, lassen sich private Gewinne leichter erzielen, wenn man reizvollen Tand in Massen herstellt, als wenn man wirklich existenzwichtige Dinge tut, wie z. B. private Kinderheime einrichtet, durch die berufstätige oder kranke Mütter entlastet werden könnten. Wenn nicht gerade diejenigen Arbeitgeber etwas unternehmen, die auf die Beschaffung weiblicher Arbeitskräfte angewiesen sind, oder wenn nicht der Sonderfall eines Volksunternehmers wie der Schweizer Duttweiler auftaucht, bleibt hier leicht ein wichtiger Bedarf allzu lange oder ganz und gar ungedeckt. Es bleibt dann gar nichts anderes übrig, als rechtzeitig Staat und Kommunen einzuschalten.

c) Und schließlich gibt es Bedarfe, die sich nur gemeinschaftlich berücksichtigen lassen, weil sich hier schlecht oder gar nicht so etwas wie Marktpreise erheben lassen. Beispiele dafür sind der Straßenbau, die öffentliche Verwaltung, die Verteidigung. Hierher gehört auch ein großer Teil der Folgekosten aus der privaten Produktion oder aus dem privaten Konsum. Als Beispiele seien genannt: Die Gewässerverunreinigung, die Luftverunreinigung, die neuerdings problematisch werdende Müllabfuhr. Zwar ließe sich hier manches privatwirtschaftlich regeln. Nachdem aber erst einmal größere Schädigungen aufgetreten sind, können nur Staat oder Kommunen das Bedürfnis nach Beseitigung dieser Schäden durchsetzen.

Nimmt man hinzu, daß die marktmechanische Koordination sich in den internationalen Beziehungen schon deshalb nicht durchsetzen konnte, weil dafür der politische Rahmen eines Weltstaates fehlte, so kann es nicht erstaunen, wenn sich schon im 19. Jahrhundert die nationalstaatliche Laisser-faire-Politik gegenüber der noch in der Entfaltung begriffenen Marktwirtschaft nicht durchhalten ließ. Bereits nach einer kurzen Periode von wenigen Menschenaltern schlug daher die bis dahin vorherrschende Tendenz zur Entstaatlichung der Wirtschaft, die geschichtlich als Reaktion auf den alles reglementierenden merkantilistischen Staat angesehen werden kann, in die entgegengesetzte Richtung um. Sie schlug die Richtung auf die „gemischte Ordnung" einer wirtschaftspolitisch gelenkten Marktwirtschaft ein, in der der Staat in zunehmendem Ausmaße wirtschaftliche Koordinationsaufgaben übernahm. Diese neomerkantilistische Entwicklung (wie sie von Kritikern gelegentlich genannt worden ist) ist jedoch bis heute nicht kontinuierlich im gleichen Tempo verlaufen, sondern zeigte große Schwankungen im Ausmaß und in der Art staatlicher Interventionen. — Dafür sind vor allem drei Gründe anzuführen:

1. hat die Kombination privater und staatswirtschaftlicher Ordnungsprinzipien ihre eigenen Probleme, deren Lösungsversuche unvermeidlicherweise auch mit negativen Erfahrungen verbunden sein mußten. Staatliche Instanzen, die im 19. Jahrhundert und mehr noch im 20. Jahrhundert zu einer aktiven Wirtschaftspolitik überzugehen versuchten, konnten nicht ohne weiteres an den Erfahrungen der merkantilistischen Politik des Absolutismus anknüpfen. Dafür hatten sich in der Zwischenzeit die wirtschaftlichen und politischen Ordnungen und Strukturen zu sehr verändert.

Die Wissenschaft hatte zu Beginn des sogenannten Neo-Merkantilismus noch nicht einmal die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge und Gesetzlichkeiten zureichend geklärt. Ausreichende Kenntnisse von den Krisenursachen in der Marktwirtschaft besitzen wir erst seit etwa einem Menschenalter. Eine wirtschaftspolitische Theorie von einer rational gelenkten Marktwirtschaft hat erst in den letzten 10 Jahren begonnen, einige Konturen zu gewinnen. — So mußten punktuelle Eingriffe des Staates zunächst vor allem in den Außenhandel häufig mehr als Behinderung denn als Förderung der Wirtschaft angesehen werden, zumal sie als politische Entscheidungen politischen Zündstoff boten, und die dominierende liberale Theorie, die in ihrer überwiegend marktwirtschaftlichen Forschung hinter dem Wandel ihrer Zeit herhinkte, einseitige kritische theoretische Munition lieferte.

2. Ein weiterer Grund für den diskontinuierlichen Verlauf im Abbau der Laisser-faire-Politik ist darin zu sehen, daß die Dringlichkeit staatlicher Interventionen mit den wirtschaftlichen und politischen Situationen wechseln mußte. Solange Wirtschaftskrisen als erträgliche oder unvermeidliche Zwischenfälle und das Wachstum der privaten Einkommen als dominantes Ziel angesehen werden, kann die marktmechanische Steuerung der Wirtschaft vorherrschen. Das ändert sich, wenn in Kriegszeiten der öffentliche Bedarf derart in den Vordergrund tritt, daß er die privaten Bedarfe der gesamten Bevölkerung auf das Existenzminimum zurückdrängen muß. Dann bleibt bis auf illegale Reste kaum noch etwas von einer marktwirtschaftlichen Ordnung übrig. — Ähnliches läßt sich für Situationen feststellen, wo weder der Marktmechanismus noch eine rechtzeitige politische Steuerung dieses Mechanismus in der Lage war, große Wirtschaftskrisen zu vermeiden. Auch dann mußte — wie uns die große Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre gelehrt hat — die Staatstätigkeit in die Wirtschaft vordringen, obwohl es sich dabei wenigstens zum Teil um eine ganz andere Problematik handelt als im Falle der Kriegswirtschaft. — Nach der Überwindung solcher Situationen ist man in den meisten westlichen Ländern teils aus rationalen, teils aus emotionalen Gründen immer wieder zur vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung zurückgekehrt.

3. Und damit sind wir beim dritten Grund, weshalb der Trend zu einem gemischten Ordnungssystem kein kontinuierlicher war. Bei ordnungspolitischen Entscheidungen dominieren zu gewissen Zeiten offensichtlich nicht rationale, sondern irrationale Motive. Wenn man sich nämlich die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der letzten zweihundert Jahre etwas näher ansieht, muß man folgendes feststellen: In unregelmäßiger Regelmäßigkeit haben sich mehr oder weniger bei allen europäischen Industrienationen von Zeit zu Zeit bestimmte Situationen mit den aus ihnen erwachsenden Ziel-Mittel-Erfahrungen zu so starken Zeiterlebnissen verdichtet, daß diese Völker aus ihren Erlebnissen heraus zu einer Voreingenommenheit tendierten, die ihnen eine rationale wirtschaftliche Ordnungspolitik unmöglich machte.

Auf den zerfallenen Feudalismus und die merkantilistische Politik des absolutistischen Staates reagierte die erstarkende bürgerliche Welt mit der Überschätzung der marktwirtschaftlichen Ordnung und der entsprechenden Propagierung des sogenannten Nachtwächterstaates. — Aus den sozialen Spannungen der sich entfaltenden Marktwirtschaft und ihren periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen entstand der marxistische Sozialismus als eine einseitige antikapitalistische Bewegung. — Als nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland die Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt teilnahm, verzichtete sie bis auf weiteres auf die Verwirklichung ihrer Ordnungsvorstellungen, nicht zuletzt, weil sie unter die Wirkung einer neuen Pendelbewegung geriet, die ihren Ordnungsvorstellungen nicht günstig war. Die staatliche Zuteilungswirtschaft zusammen mit allem anderen aus einer Kriegssituation sich ergebenden Zwang war im ersten Weltkrieg das Zeiterlebnis, das eine liberalistische Welle auslöste, die sich in den sozialistischen Reihen um so intensiver auswirken mußte, als dort kein klares und für die Praxis brauchbares Bild von einer sozialistischen Ordnung entwickelt worden war. — Als die sozial temperierte, doch im entscheidenden Augenblick sich selbst überlassene Marktwirtschaft der Weimarer Republik in die große Weltwirtschaftskrise geriet, kam der neue Gegenschlag, der die alte Ordnung nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern mehr noch auf politischem Gebiet über den Haufen warf. Das Pendel schlug diesmal nicht in marxistische, sondern in faschistische Richtung aus. Denn diesmal wirkten zwei fast gleich starke schockhafte Zeiterlebnisse: das marktwirtschaftliche Chaos der Wirtschaftskrise und das marxistisch kommunistische Experiment in Rußland. — Der Zusammenbruch des Dritten Reiches schließlich löste eine neue liberalistische Welle aus, und es will so scheinen, als ob der individualistisch-liberalistische Impuls dieser Welle noch stärker als die früheren ist.

Solche geschichtlichen Beobachtungen lassen vermuten: Die Menschen neigen in der Grenzsituation offensichtlich dazu, ins andere Extrem zu flüchten, aus der irrigen Annahme heraus, das Gegenteil von etwas Mangelhaftem sei frei von Mängeln. Diese Neigung hat sie immer wieder dazu verführt, nicht nur Unbrauchbares, sondern auch Brauchbares des verlassenen Systems über Bord zu werfen. Hier wird mit verblüffender Regelmäßigkeit der Fehler gemacht, das mangelhafte Ergebnis des ganzen Ordnungssystems oder die Begleiterscheinungen extremer Zielsetzungen den einzelnen markt- oder staatswirtschaftlichen Ordnungsmitteln zur Last zu legen. So wollten die Marxisten mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem möglichst alle seine Ordnungsmittel: Geld, Markt, Preise und Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen, wobei sie

übersahen, daß nicht in diesen einzelnen Mitteln, sondern in einer bestimmten Art ihrer Kombination, vor allem in ihrer Verbindung mit der politischen und sozialen Laisser-faire-Haltung des Staates die ordnungspolitische Bedenklichkeit lag.

So war man aus der voreiligen Verallgemeinerung partieller Erfahrungen und einem voreingenommenen Festgelegtsein heraus immer wieder außerstande, eine rationale Ordnungspolitik durchzuführen, und es wird noch festzustellen sein, daß wir auch heute einer solchen Möglichkeit eher ferner als näher gerückt sind.

DER ORDNUNGSPOLITISCHE TREND IN DER PHASE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Denn wie steht es mit dem Zeiterlebnis, das die wirtschaftliche und auch die politische Ordnung in unserer Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg bis heute beherrscht? Dieses Zeiterlebnis ist in zweifacher Hinsicht gekennzeichnet.

Da ist erstens der Schock des Zusammenbruchs, der wirtschaftlichen und sozialen Entwurzelung, des Elends, des Hungers der ersten Nachkriegsjahre. Dieser Schock mag bei vielen unserer Mitbürger bewußt oder unbewußt zu dem gleichen heimlichen Schwur geführt haben, den Margret Mitchell in ihrem Bestseller „Vom Winde verweht" die Hauptperson ihres Romans Scarlet O'Hara tun läßt: den Schwur nämlich, daß sie nie, nie wieder Hunger leiden und nur danach trachten werde, zu Wohlstand und Behagen zu kommen.

Da ist zweitens der Schock, den die Erfahrungen mit den totalitären Systemen faschistischer und kommunistischer Prägung und die Überforderungen des einzelnen im Kriege ausgelöst haben. Der heimliche Schwur, den dieser Schock verursachte, wurde in den Konzentrations- und Gefangenenlagern, im Elend der äußeren und inneren Emigration, auf den Schlachtfeldern und in den Luftschutzbunkern, beim Schlangestehen vor den Wirtschaftsämtern und den Lebensmittelgeschäften geleistet. Er lautete zwar nicht ausschließlich auf die eigene persönliche Freiheit, sondern in den meisten Fällen schloß er wohl die humanitäre Rücksichtnahme auf die anderen mit ein, jedoch haben das Erlebnis des Zusammenbruchs und der wirtschaftswunderliche Anschein, als ob in der Marktwirtschaft sich jeder ausreichend selbst helfen könnte, die Rücksichtnahme auf den Nächsten und die Aufgaben, die nur gemeinschaftlich gelöst werden können, bald vergessen lassen.

Die Wirkungen beider schockartiger Zeiterlebnisse sind im dominierenden Typus unserer heutigen Staats- und Wirtschaftsbürger zu einer untrennbaren Einheit verschmolzen. Während der erste Schock die wirtschaftliche Zielsetzung bestimmt hat, den Leistungswillen zum raschen Wiederaufbau und den hohen Privatkonsum, hat der zweite Schock vor allem auf die Mittel Einfluß genommen, indem er zu einer einseitigen Rückkehr und Überforderung marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien führte.

Die Dogmatik dafür lieferte die neoliberale Theorie von der staatlich zu schaffenden Wettbewerbswirtschaft, die ideologisch in das verschwommene Leitbild und praktisch in die widerspruchsvolle Politik der „sozialen Marktwirtschaft" einmündete. Diese neue politische Ideologie, selbst aus den schockhaften Zeiterlebnissen geboren, verstärkte die einseitig individualistische Mentalität der Staats- und Wirtschaftsbürger und legte der staatlichen Wirtschaftspolitik Ketten an, die zwar als Vorzüge erscheinen konnten, sich aber im Laufe der Jahre als immer hinderlicher erweisen mußten.

Nur die eine Hälfte dieser Glaubenslehre, das Bekenntnis zur Marktwirtschaft, wurde verwirklicht und gewann auf Grund des Vorhandenseins eines starken individuellen Aufbauwillens Gestalt in dem als „deutsches Wirtschaftswunder" bezeichneten Wiederaufbau. Bei der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Schaffung wettbewerbswirtschaftlicher Verhältnisse gelangte man jedoch über ideologische Deklamationen und unzulängliche, zum Teil widerspruchsvolle wirtschaftspolitische Ansätze nicht hinaus. Der Fehler Erhards, mit dessen Namen die „soziale Marktwirtschaft" und die dazugehörige Wirtschaftspolitik in zunehmendem Maße gleichgesetzt wurde, bestand weniger darin, daß er mit seiner Politik in das angeblich kalte Wasser der Marktwirtschaft sprang, sondern daß er, indem er lange Jahre den privaten Egoismus und den eigenen Passivismus heilig sprach, in zunehmendem Maße nur den Weg des geringsten Widerstandes ging und deshalb heute auch mit wiederholten Beschwörungen die Geister nicht wieder los wird, die er selbst gerufen hat. So fehlen zur Zeit die meisten Voraussetzungen, um eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik durchführen zu können, die langfristige Ziele ansteuert und gegebenenfalls auch Opfer von Staats- und Wirtschaftsbürgern verlangen kann, was beides bei einer pluralistisch zielbestimmenden und arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unsrigen schon von der Art ihrer Ordnung und Struktur her schwer genug ist.

Die Frage ist nun, wie wir in einer solchen Situation zu einer rationalen Urteilsbildung und Entscheidung über die künftige Bedarfsbildung kommen wollen. Bisher ist nur zu erkennen, daß alle Regierungen und Parteien große Nachholprogramme entwickeln und gleichzeitig Steuersenkungen beschließen, damit die Voraussetzungen zu einer Beschleunigung unserer schleichenden Inflation erhöhen, gleichzeitig aber weiterhin erklären, daß deren Bekämpfung das dominante Ziel ihrer Wirtschaftspolitik sei. — Diese Neigung, unvereinbare Ziele zu proklamieren — sicher-

lich keine wirtschaftspolitisch sachgerechte Verhaltensweise — ist selbstverständlich nicht lediglich Ausfluß der von uns geschilderten Erhardianischen Atmosphäre, sondern hängt wie gesagt auch mit gewissen Schwächen unseres politischen Ordnungssystems zusammen.

SCHWÄCHEN UNSERER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE

Denn auch die politische Ordnung einer repräsentativen Demokratie wie der unseren — wie sehr wir auch berechtigterweise mit ihr unsere Vorstellungen von politischer Freiheit verbinden — hat ähnliche konstitutionelle Schwächen wie die Marktwirtschaft. Zwar bietet die parlamentarische Ordnung ähnlich wie die marktwirtschaftliche viel Spielraum für Spontaneität von Individuen und Gruppen. Aber solche Spontaneität ist üblicherweise kurzfristig und partiell ausgerichtet. Sie bringt daher unsere Gesellschaft leicht in die Gefahr, ihre eigene Freiheitlichkeit ad absurdum zu führen, wenn im Streit der partiellen Interessen die gemeinsamen Aufgaben und das langfristig Notwendige ins Hintertreffen geraten. Zwar soll das Spiel mit verteilten Rollen zwischen Regierung und Opposition auch die langfristigen Ziele des Gemeinwohls sichern helfen. Gleichzeitig müssen aber beide Rollenträger legitimerweise bestrebt sein, *ihre* politische Macht zu erhalten bzw. zu gewinnen, indem sie bei den Parlamentswahlen um die Stimmen der Wähler konkurrieren. Über diesen Wettkampf kann es dann leicht geschehen, daß die eigentliche konstruktive politische Aufgabe, ausreichend langfristig zu koordinieren und zwischen divergierenden Zielen für das wichtigere, aber wahltaktisch vielleicht weniger zugkräftige Ziel zu entscheiden, in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht gar ganz von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Diese Gefahr ist in einer parlamentarischen Demokratie besonders groß, wenn wie in unserer Bundesrepublik das böse Gewissen und die Überforderung aus einer totalitären Vergangenheit bei den Staats- und Wirtschaftsbürgern — wie wir bereits gezeigt haben — zu einem Übergewicht individualistischer Neigungen und Ansprüche geführt haben. Solche Ansprüche können kaum noch auf ein gesundes Maß reduziert werden, wenn sie, durch äußere Erfolge scheinbar bestätigt, erst einmal überwuchern.

So erklärt es sich, daß der Vorzug unserer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" von heute, uns vom „Klassenkampf von oben und unten" weitgehend erlöst zu haben, bei uns damit erkauft worden ist, daß wir nun alle an der gleichen Manie des konformistischen Wettkampfes aller um steigende Einkommen und raschen beruflichen Aufstieg leiden. Da dank einer permanenten Vollbeschäftigung die Mehrheit der Bevölkerung sich an diesem Wettkampf beteiligen kann, zieht er magisch die entscheidenden Kräfte des öffentlichen und privaten Lebens an sich, und es bleibt keine Zeit und keine Kraft, dem Gefühl des im Grunde Unerfülltseins, das heute viele Menschen haben, nachzugehen. So gerät dieses Gefühl ins Unterbewußtsein und schafft jenes allgemeine Unbehagen, von dem schon seit einiger Zeit viel die Rede ist, aus dem aber keine Änderung schaffende Konsequenzen gezogen werden. Da keiner dem andern ernstlich weh tun will, weil er davon für sich und seine Karriere nur Nachteile befürchtet, beherzigt er die Devise: „Seid nett zueinander!" Ein Slogan und eine Haltung, die sich in klingende Münze umwechseln, die aber keine umfassende konstruktive Kritik aufkommen lassen.

Soweit aber kritische Auseinandersetzungen noch die Öffentlichkeit bewegen, geht es weit mehr um die Ausdehnung der Rechte und Vorteile einzelner Gruppen (also — wie sehr man sich auch bemüht, das Gemeinwohl als Argument vorzuwenden — um partielle Interessen) als um Appelle und Zugeständnisse, endlich einmal gemeinsame Aufgaben in Angriff zu nehmen. Diese Abgeneigtheit gegenüber langfristigen und umfassenden Aspekten und Anliegen fördert eine Bewußtseinsspaltung, in die wir schon ohne besondere Absicht durch die wachsende Differenzierung unserer Umwelt geraten. Jeder von uns lebt in seiner privaten Teilwelt, und je mehr er ihr ausschließlich zugewandt ist, desto weniger vergegenwärtigt er sich, daß auch sein ganz privates Schicksal entscheidend von dem abhängt, was außerhalb seines privaten Dunstkreises geschieht.

Auch unseren politischen und ökonomischen Koordinatoren gelingt es nicht, die Teilwelten in einen umfassenden Zusammenhang zu bringen. So werden einzelne Bereiche wie Innenpolitik, Außenpolitik und Weltpolitik auch in den wirtschaftlichen Aspekten für sich betrieben, als habe das eine nichts mit dem andern zu tun; und die gelegentliche Einsicht, daß im Atomzeitalter sinnvollerweise alle Politik mittelbar Weltpolitik sein müsse, bleibt ohne praktische Konsequenzen, denn unsere Politiker müssen ja an die nächste Wahl denken, und ihre Wähler wollen oder können aus der Froschperspektive ihres privaten Lebenskreises nicht hinausgelangen.

So nimmt es nicht wunder, daß unser politisches Leben gleichermaßen gekennzeichnet ist durch die häufig zu hörende Klage, die Masse der Wähler interessiere sich nicht für Politik, und durch die nicht selten darauf gegebene Antwort, das wäre auch gut so, denn Politik verdürbe den Charakter. Solche Klänge aus unseren öffentlichen Diskussionen, die in den letzten Jahren vielleicht etwas seltener als früher zu hören gewesen sein mögen, lassen befürchten, daß kaum Hoffnung besteht, man könne kurzfristig eine sinnvolle Ergänzung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung aus dem politischen Bereich erwarten. Immerhin bleibt, langfristig gesehen, eine zweifache Hoffnung übrig.

Einmal kann man auf den Wandel unseres Bildungs- und Erziehungssystems hoffen, wenn in dessen Mittelpunkt ohne Verzögerung eine moderne politisch-ökonomische Bildung gerückt wird, durch die wir die Gesetze der wirtschaftlichen und politischen Welt, in der wir leben, über unsere private Teilwelt hinaus verstehen lernen. Aber pädagogische Vorhaben brauchen in vielfacher Hinsicht Zeit. Sie brauchen Zeit, um durchgesetzt und angeleitet zu werden, und sie brauchen Zeit, um im öffentlichen Leben sich auszuwirken.

Zum anderen besteht eine vage Hoffnung, daß es gerade in einer freiheitlichen Welt wie der unseren autonome Kräfte geben sollte, von denen konstruktive Impulse ausgehen können, um den negativen Zirkel des sozialen Zerfalls zu durchbrechen, Kräfte, die aushilfsweise oder ergänzend die Rolle der Opposition und damit die Aufgabe einer konstruktiven nonkonformistischen Kritik übernehmen können. Solche Impulse können z. B. von der Kirche, von der Wissenschaft, der Presse, sie können von jeder Person oder Gruppe ausgehen, die sich in der Lage sieht, vielleicht unangenehme, aber notwendige Wahrheiten ins öffentliche Bewußtsein zu rufen, damit das Rechte geschehen kann. Dabei ergeben sich für die Wissenschaft und Presse besondere Aufgaben, was sich allgemein aus der Herkunft und dem Charakter unserer modernen Welt erklären läßt.

Die Wissenschaft liefert das Sachverständnis für eine Welt, die sie selbst „gemacht" hat. Sie hat über die Gesetze zu informieren, nach denen diese Welt funktioniert und sich wandelt. Sie hat zu warnen, wenn Sachzusammenhänge nicht beachtet oder Gesetzlichkeiten behauptet werden, die gar nicht existieren. Damit dies möglich wird, darf sie allerdings nicht davor zurückschrecken, sich selbst zuweilen in die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu begeben und ihren eigenen Beitrag in eine Form zu gießen, die ihn der Praxis attraktiv und verständlich macht. Aus dem Elfenbeinturm der abstrakten Kontemplation vermag sie das selten; von dort läßt sich die Welt wohl interpretieren, aber kaum verändern. Zum Wirksamwerden im politisch-wirtschaftlichen Bereich gehört nun einmal das Stellungnehmen und Bekennen. Auch ein Wissenschaftler kann dies tun, ohne seinen Beruf verleugnen zu müssen, wenn er nur die Voraussetzungen klarstellt, auf denen sein Urteil und seine Beweisführung ruhen.

Die Presse ist in unserer Demokratie nicht nur der Spiegel des öffentlichen Bewußtseins. Da sie die öffentliche Meinung auch in entscheidendem Umfang zu formen vermag, übernimmt sie in unserer außengeleiteten Gesellschaft nicht selten die Rolle einer Art öffentlichen Gewissens, dem sich kaum jemand zu entziehen wagt. Denn das Ansehen von Personen, die im öffentlichen Leben stehen, ist fast identisch mit dem Bilde, das die Presse von ihnen entwirft. — So liegt bei ihr gelegentlich mehr Macht, als Menschen zu ertragen und mehr Gestaltungschancen, als sie zu bewältigen vermögen.

So muß auch hier unsere Hoffnung nur sehr vage bleiben. Es bleibt offen, ob unsere Wissenschaft und Presse die vorhandenen Möglichkeiten ergreifen werden. Denn natürlich bedeutet das Vorhandensein von Macht und Gestaltungschancen noch nicht, daß man sie sinnvoll nutzt. Man kann Macht mißbrauchen und Chancen versäumen. Das gilt für Wissenschaft und Presse genauso wie für unsere politischen Institutionen. Auch diejenigen Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind, haben sich nicht freihalten können von den Voreingenommenheiten unserer Zeit. Hinzu kommt, daß Menschen immer wieder verführt sind, den Weg des geringsten Widerstandes und der kurzfristigen Bequemlichkeiten zu gehen, zumal das Zukünftige und Fernerliegende meist nur undeutlich zu unterscheiden und mehr zu vermuten als zu erkennen ist. Auch mag die Art, wie Wissenschaft und Presse bei uns organisiert sind und sich betätigen, mancherlei Bedenken erwecken. Eine Presse, die allzusehr darauf aus ist, ihren Lesern zum Munde zu reden und mehr auf Sensationen und sentimentale Meinungsbildung als auf sachliche Information gerichtet ist, wird ihre schöpferische Chance einer zukunftsgerichteten Zeitkritik genauso versäumen wie eine Wissenschaft, die sich allzusehr um das Wohlwollen ihrer öffentlichen oder privaten Geldgeber sorgt oder selbstgenügsam mit ihren theoretischen Glasperlenspielen beschäftigt ist. Die Frage ist nun: Woher rühren unter den gegebenen Verhältnissen die besonderen Gefahren, daß Wissenschaft und Presse ihre gesellschaftlichen Funktionen nicht oder doch nur recht unzulänglich erfüllen?

Man hat in bezug auf totalitäre Systeme mit Recht gesagt: das schlimmste Monopol sei das Meinungs- und Wissenschaftsmonopol des Staates. Das gilt jedoch nicht ohne weiteres für den demokratischen Staat, der die Freiheit der Wissenschaften und der Meinungen garantiert. Hier droht der Meinungsterror von der Seite des Wunschdenkens der breiten Massen oder der partiellen Interessen finanziell oder politisch starker Gruppen, wenn diese unangenehme Wahrheiten nicht hören wollen, und wenn sie deshalb die Stimmen, die solche Wahrheiten aussprechen, durch ihr anonymes Votum als Wähler oder als Käufer oder als Auftraggeber für Anzeigen zum Schweigen zwingen. — Dies kennzeichnet besonders den schwachen Punkt einer Presse, die allzu kommerzialistisch handeln muß, weil sie einseitig nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert ist —, ein Punkt, der bei uns, die wir immer nur hypnotisiert auf die Bedrohung der Pressefreiheit durch den Staat starren, fast völlig übersehen zu werden pflegt.

Unter den gegebenen Verhältnissen führt nämlich in unserer Presse Konkurrenz nicht unbedingt zu einer gegenseitigen sachlichen Kontrolle, da Konkurrenz um

die Leserschaft allzusehr an eine Nivellierung von Niveau und Verantwortungsgefühl gebunden ist. Selbstverständlich ist deshalb das Pressemonopol hier noch keine bessere Lösung. Im Gegenteil! Denn, wie die Erfahrung lehrt, ist die Wahrscheinlichkeit allzu groß, daß erfolgreiche Verleger, von ihren kommerziellen Erfolgen berauscht, irrtümlicherweise glauben, in der politischen Meinungsbildung mit den gleichen Maßstäben, die sie zum kommerziellen Erfolg geführt haben, operieren zu dürfen, — was dann auf eine subjektive Machtpolitik der Chefredakteure und Verleger hinauszulaufen pflegt. Monopolisierungstendenzen in der Presse bedeuten dann immer, daß wir Meinungs- und Königsmacher von zweifelhaftem Wert erhalten, die praktisch kaum in ihrem Machtgebrauch zu kontrollieren und zu zügeln sind.

Sicherlich brächte auch eine Verstaatlichung des Pressewesens keine Lösung des Dilemmas. Damit würden wir nur wieder ins andere Extrem flüchten. Eine entscheidende Voraussetzung für die Gesundheit unseres Gesellschaftslebens dürfte aber darin bestehen, daß nicht auch noch Rundfunk und Fernsehen ganz oder teilweise kommerzialisiert werden, sondern als „countervailing power" in der bisherigen Form weiter bestehen. Käme es auch hier zu einer kommerzialistischen Konkurrenz, so würde das Niveau von Rundfunk und Fernsehen sehr bald das Niveau unserer Boulevard-Presse erreicht haben, und kein Mensch kann ernsthaft behaupten wollen, daß eine solche Entwicklung die Lösung unserer politischen Probleme erleichtern würde. Gerade unser Pressewesen ist also ein besonders plastisches Beispiel dafür, daß man marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien nicht überstrapazieren darf, sondern sich sehr genau für den einzelnen Bereich überlegen sollte, wie man diese Prinzipien durch staatswirtschaftliche ergänzt bzw. mit ihnen verbindet.

Auch für die Wissenschaft gilt — wenn auch in weit geringerem Maße als für die Presse —, daß sie für ihre gesellschaftliche Funktion, nämlich für die praktisch relevante Wahrheitsfindung, durch Kommerzialisierung früher oder später denaturiert werden kann. Doch ist bei der überwiegenden Verbeamtung unserer Wissenschaftler eine andere Gefahr im Augenblick noch akuter, nämlich die, daß allzu viele gar nicht geneigt sind, sich darum zu kümmern, welche Problembereiche ihrer Wissenschaften denn praktisch für unsere Gesellschaft von schlechthin existentieller Bedeutung sind. Immerhin sollte aber auch nicht verkannt werden, daß der beamtete Ordinarius heute einer der wenigen Leute in Deutschland ist, der, wenn er keinen persönlichen politischen und wirtschaftlichen Ehrgeiz hat, unbequeme Wahrheiten aussprechen kann. Auch ist in der Wissenschaft Konkurrenz kein zweischneidiges, sondern ein wirksames Mittel, um das Ergebnis der Wahrheitsfindung zu kontrollieren und das Leistungsniveau zu heben. Die Problematik liegt hier vor allem in der Frage, ob Organisation und Stil unserer Universitäten ihrem Lehrkörper noch gestatten, die Doppelaufgabe von Lehre und Forschung ausreichend zu erfüllen.

Zusammenfassend müssen wir also feststellen: Unter den gegebenen Verhältnissen kann kaum erwartet werden, daß Wissenschaft und Presse die Schwächen unserer repräsentativen Demokratie ausgleichen helfen.

DAS DILEMMA DES SPEZIALISIERUNGSPROZESSES

Nachdem wir gesehen haben, welche Schwierigkeiten sich der sachgerechten Schaffung eines „gemischten Ordnungssystems" und einer entsprechenden allgemeinen Willensbildung und sachgerechten Entscheidung aus den konstitutionellen Schwächen sowohl marktwirtschaftlicher als auch parlamentarisch-demokratischer Ordnungsprinzipien entgegenstellen, müssen wir noch ein weiteres Dilemma ins Auge fassen, das — unabhängig von jenen Ordnungsprinzipien — aus einem allgemeinen Kennzeichen unserer in ständiger Wandlung befindlichen Industriegesellschaft erwächst. — Unsere wirtschaftliche und soziale Welt wird immer differenzierter und mit ihrer Differenziertheit immer unübersichtlicher; und gleichzeitig werden die Menschen in ihr beruflich immer spezialistischer ausgebildet und erfahren. Und dieser Prozeß ist sicherlich nicht ohne weiteres aufzuhalten, geschweige denn rückgängig zu machen. Gleichzeitig ist unser allgemeines Schul- und Bildungswesen auf Grund seiner humanistischen Herkunft immer weniger geeignet, diesen Prozeß für die ökonomischen und politischen Bereiche auszugleichen. Denn Politik und Wirtschaft von heute verstehen sich eben nicht von selbst.

Unsere Regierungen und Parteien ziehen daraus zwar die Konsequenzen und nehmen in zunehmendem Maße die Beratung von Fachleuten aller Art in Anspruch. Aber politische Entscheidungen sind stets recht komplexer Natur, besonders wenn es darum geht, zwischen den in Frage stehenden Zielen und Mitteln zu entscheiden, erwünschte und unerwünschte Nebenwirkungen geplanter Maßnahmen zu erkennen und auch die unvermeidlichen machtpolitischen Konsequenzen in die Betrachtungen einzubeziehen. Und selbst wenn der einzelne Politiker von Haus aus auf einem speziellen Gebiet selbst Fachmann ist, so befähigt ihn das noch nicht ohne weiteres zu derjenigen Zusammenschau, welche die komplexe Natur der politischen Entscheidungen verlangt.

Jeder im öffentlichen Leben Tätige weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es sein kann, Entscheidungen über Fragen zu fällen, die einem sachfremd sind. Solche Entscheidungen werden auch durch die Hinzuziehung von Fachleuten nicht erleichtert, wenn die Fachleute nicht einer Meinung sind und man nicht zureichend erkennen kann, worauf die Meinungs-

unterschiede beruhen. Es ist dann auch keine Lösung, ein Zweit-, Dritt- oder Viertgutachten heranzuziehen; denn man kann ja bei der Klärung von Sachfragen nicht nach dem demokratischen Prinzip verfahren und sich einfach auf den Standpunkt stellen, die Mehrheit habe recht. Hier liegt aber nicht das eigentliche Dilemma; denn politische Ausschüsse werden in der Regel so besetzt sein, daß ihre Mitglieder im großen und ganzen in der Lage sind, Fachurteile zureichend auswerten zu können. Das eigentliche Dilemma beginnt erst, wenn politische Gremien die Fachurteile verschiedener Sparten koordinieren müssen oder wenn sie Prioritäten festsetzen sollen und etwa entscheiden müssen, welcher von verschiedenen Notständen vordringlich beseitigt werden muß, weil seine Nah- und Fernwirkungen für das Gemeinwesen besonders gefährlich sind. Auf derartig komplexe Fragen exakte rationale Antworten zu geben, überschreitet sicherlich schlechthin unsere menschlichen Fähigkeiten; man kann sich nur um vernünftige Antworten bemühen, die möglichst viele der berührten Einzelfragen berücksichtigen. Dazu gehört aber, wenn nicht eine Wissens- so doch eine Verständnisbreite, die infolge des Spezialisierungsprozesses und eines unangepaßten Ausbildungssystems immer mehr verlorengeht.

Zur Lösung dieses Dilemmas kann der Politiker immer weniger sachverständige Hilfe heranziehen; denn der Spezialisierungsprozeß hat sich bisher in der Wissenschaft und Fachausbildung etwa im gleichen Maße durchgesetzt wie in der übrigen Welt. Hinzu kommt, daß auch der Fachmann und Wissenschaftler ein Mensch mit partiellen Interessen und daher nicht ohne weiteres in der Lage und gewillt ist, sich in seinem Rat von solchen Interessen freizumachen. Dies gilt besonders, wenn die zur Diskussion stehenden politischen Ziele und Maßnahmen seine eigene Welt unmittelbar betreffen. Das Schicksal unserer Hochschulreform ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wenn auch sicherlich nicht das einzige. Die Folgen dieses Dilemmas sind tagtäglich mit Händen zu greifen. Sie bestehen z. B. darin, daß in Haushaltsberatungen, wenn die Anforderungen die Mittel überschreiten, einfach prozentuale Kürzungen ohne Ansehen der Sache durchgeführt werden, weil Finanzministerien und Haushaltsausschüsse nicht über sachgerechte Maßstäbe verfügen, und daß neue Vorhaben nur durchgeführt werden können, wenn sie in den Rang eines Politikums erhoben werden, wofür häufig ebenfalls wenig sachgerechte Gesichtspunkte maßgebend sind. Ein Zyniker hat einmal gesagt, ein Politikum sei eine Sache, die gegen jeden Sachverstand durchgebracht werden müsse, weil eine politisch potente Gruppe oder Person es zu ihrem Steckenpferd gemacht habe oder weil alle Beteiligten glaubten, mit ihm die nächste Wahl gewinnen zu können.

Eine so umfassende kritische Analyse unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse war erforderlich; denn nur, wenn wir radikal die neuralgischen Punkte unserer pluralistischen Gesellschaft uns ins Bewußtsein rufen — so unbehaglich das auch sein mag —, können wir auf die Fragen unseres Generalthemas Antworten finden, die uns weiterführen. Diese Analyse mußte trotz ihres Umfanges unvollständig bleiben. Es fehlte z. B. die Erörterung der Schwierigkeiten, die sich einer sachgerechten Willensbildung aus den institutionellen Gegebenheiten unseres Bundesstaates entgegenstellen, aus der Aufteilung unseres politisches Gemeinwesens in Bund, Länder und Gemeinden, damit zusammenhängend aus den Fragen des Finanzausgleichs, aus der Tatsache, daß in diesen Bereichen verschiedene Parteien an der Regierung sind, die dann jeweils nicht geneigt sind, sachgerechte Entscheidungen zu fällen, wenn der parteipolitische Gegner aus solchen Entscheidungen machtpolitische Vorteile zieht. — Solche Problematik kann hier nur angedeutet bleiben, weil sie Stoff genug für besondere Abhandlungen böte.

SCHWIERIGKEITEN EINER RATIONALEN REVISION DER BEDARFSBILDUNG

Auch unseren Politikern in Bund und Ländern ist inzwischen klargeworden, daß in einer Hinsicht die bisherige Laisser-faire-Politik nicht mehr fortgesetzt werden kann, nämlich im Hinblick auf die Entscheidung über den deckungswürdigen Bedarf. Überall ist heute von Prioritätsplänen die Rede, und wenn man damit zunächst auch nur meint, daß bei der künftigen Aufstellung öffentlicher Haushalte nach vorab geklärten Prioritäten verfahren werden soll, so kann doch kein Zweifel darüber bleiben, daß dies mit Rücksicht auf die Diskrepanz, die zur Zeit zwischen den Großaufgaben unserer Gesellschaft und der derzeitigen Einkommensverteilung zwischen privater und öffentlicher Hand besteht, rationalerweise die gesamte Bedarfsbildung in die politische Entscheidung einbezogen werden muß. — Dafür scheinen vor allem drei Schritte erforderlich zu sein.

1. Gerade wenn wir nicht in den Fehler verfallen wollen, uns ungehemmt wachsenden Staatsausgaben in die Arme zu werfen, müßte der erste Schritt einer intensiven Durchforstung der großen Nachholpläne und -forderungen gewidmet sein. Dazu würde zunächst gehören, die Reduzierung aller Pläne auf ein Minimalprogramm des unvermeidlich Notwendigen zu betreiben, damit wir erst einmal von den bisherigen astronomischen Größenordnungen herunterkämen. Hierbei würde aber schon die schwierige Frage auftauchen, wer soll nach welchen Maßstäben entscheiden, was als unvermeidlich notwendig anzusehen ist. Als Gesichtspunkt böte sich an, dazu vornehmlich dasjenige zu rechnen, dessen zeitlicher Aufschub überproportionale Kostensteigerungen zur Folge haben würde. Aber ließe sich so etwas zuverlässig berech-

nen? Es könnte sich dabei ja nicht nur um die Frage handeln: Was kosten heute unterlassene öffentliche Investitionen mehr, wenn sie erst in einigen Jahren durchgeführt werden? Sondern dazu gehört auch die Frage: Wie wirken sich weitere Unterlassungen oder Vertagungen inzwischen auf andere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft aus? Und: Will man sie in Kauf nehmen? Darüber könnten in den meisten Fällen nur Vermutungen und vage Schätzungen angestellt werden, und je nach der Interessenlage der Fachleute und Politiker würden solche Schätzungen recht unterschiedlich ausfallen.

Außerdem würde dazugehören, daß für ein einmal aufgestelltes Minimalprogramm die Prioritäten festgelegt werden müßten, welche die einzelnen Pläne aufeinander abstimmten und dementsprechend über ihre zeitliche Durchführung entschieden. Hier würde es einmal um jene sogenannten politischen Entscheidungen gehen, ob man zunächst mit etwas mehr Straßenbau oder Bildungsinvestitionen oder Beseitigung der Luft- und Wasserverunreinigung beginnen sollte, weil dieses oder jenes der Herzensideologie oder Interessenlage der entscheidenden Politiker näherstünde. Das sei am Beispiel des Straßenbaus demonstriert. Hier gäbe es mindestens drei Möglichkeiten. Erstens: Man bejaht den wachsenden Gebrauch von Kraftfahrzeugen aller Art für konsumptive und produktive Zwecke wie bisher und entschließt sich zu einem entsprechenden Ausbau unseres Straßensystems innerhalb und außerhalb der Städte. Zweitens: Man stellt fest, daß ein solcher Ausbau mit anderen notwendiger erscheinenden Investitionen in Widerspruch geraten müßte, und entschließt sich dementsprechend, das weitere Wachstum der Verwendung von Kraftfahrzeugen etwa durch eine hohe Kraftfahrzeugsteuer zu verhindern und gleichzeitig — soweit notwendig — die Kapazität der Bundesbahn zu erhöhen. Drittens kann man beides unterlassen und darauf hoffen, daß das wachsende Verkehrschaos schon von selbst die Lust an der Verwendung von Kraftfahrzeugen vermindern wird. Den dritten Weg scheint man bisher eingeschlagen zu haben. Er dürfte auf jeden Fall der politisch bequemste, aber auf die Dauer kostspieligste sein.

(Weiter müßte die Frage untersucht werden, zu welchen Nachfragekollisionen solche Entscheidungen auf den einzelnen Märkten führen würden. Denn eine Veränderung in der Bedarfsbildung ist ja nicht nur eine Frage der Kaufkraftverschiebung von der einen in die andere Hand, ist nicht nur eine Finanzierungsfrage, sondern hat auch eine güterwirtschaftliche Seite. Es muß tunlichst vermieden werden, daß aus der Kaufkraftverschiebung Nachfrageänderungen entstehen, die nicht mehr den vorhandenen Produktionskapazitäten entsprächen.

Um zwei Beispiele zu nennen:

a) Auch wenn es möglich wäre, die Mittel bereitzustellen, um gleichzeitig Häuser, Schulen und Universitäten zu bauen und Städtesanierungen durchzuführen, so wäre dies nicht möglich, weil die Kapazität des Bausektors nicht entfernt dafür ausreichen würde.

b) Auch wenn es richtig wäre, daß wir so viele Lehrer und Abiturienten brauchten, wie die Bildungspläne der letzten Jahre fordern, bliebe die Frage, wo wir die Menschen hernehmen bzw. welchen anderen Sektoren sie entzogen werden sollten.)

2. Der zweite Schritt, der im konkreten Falle meist mit dem ersten eng verbunden sein würde, läge in der Überprüfung der bisherigen öffentlichen Ausgaben nach Einsparungsmöglichkeiten. (Auch hier ginge es nicht nur um die Finanzierung neuer Vorhaben aus diesen Einsparungen, sondern auch um die Frage, ob solche Einsparungen nachfragemäßig Märkte entlasteten, die durch die neuen Programme besonders beansprucht würden.)

Es steht zu vermuten, daß Einsparungen in den jetzigen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden durchaus möglich wären. Aber wieviel könnte dabei herauskommen? Und wo sollten und könnten sie vorgenommen werden? Die Presse hat in den vergangenen Monaten sicherlich mit Recht die Aufwendungen für repräsentative Bauten einiger großer Gemeinden kritisiert. Daraus allerdings eine Berechtigung der Steuersenkung abzuleiten, war seinerzeit jedoch mehr als voreilig. Sicherlich ist man berechtigt, vom Staat zu verlangen, daß er in einem asketischen Lebensstil vorausgeht, wenn ein solcher Lebensstil in Zukunft zum Leitbild erhoben werden soll. Aber er kann nur vorausgehen, wenn man ihm in den übrigen Sektoren unserer Wirtschaftsgesellschaft nachfolgt. Andernfalls wird er die Dürftigkeit seiner Verwaltungsgebäude und Anstalten auf die Dauer nicht mit brauchbaren Bediensteten bevölkern können. In vielen Fällen ist die Unterbringung der sogenannten „Staatsdiener" in Behörden, Instituten, Schulen und Krankenhäusern auch heute noch so ärmlich, daß sie nicht entfernt einen Vergleich mit jenen dominierenden Bereichen der Wirtschaft verträgt, die in den letzten Jahrzehnten ein rasches Wachstum verzeichnen konnten. Hinzu kommt, daß große Nachholprogramme sich kaum ohne zusätzliche organisatorische Aufgaben für den Staat durchführen ließen, so daß kaum mit einem Abbau des staatlichen Verwaltungsapparates gerechnet werden könnte. So würde wahrscheinlich der Versuch, ein Bekenntnis zur staatlichen Askese zu realisieren, wenn überhaupt, nur einen kleinen Bruchteil der erforderlichen Mittel einbringen können.

Etwas ergiebiger könnte der Verzicht auf das erscheinen, was unsere Agrar- und Mittelstandspolitik kostet. Hier werden ökonomische Naturschutzparks erhalten, die sicherlich die gesamtwirtschaftliche Effizienz erheblich senken und dem Staat viel Geld kosten. Aber wird man zu einem Verzicht auf diese Mittelstandspolitik bereit sein? Werden nicht alle Parteien und Regierungen aus Sorge, entscheidende Wahlstimmen zu verlieren, demgegenüber im Zweifel immer noch

selbst eine erhebliche Steuererhöhung oder Staatsverschuldung als das kleinere Übel ansehen? Auf keinen Fall kann man von heute auf morgen diese Mittelstandspolitik abbauen, da man sonst mit einem katastrophalen politischen Erdrutsch, evtl. mit dem Entstehen extremistischer Rechtsparteien rechnen müßte.

Hierher gehört weiter die Frage, ob nicht dadurch Einsparungen möglich wären, daß man öffentliche Bedarfe billiger als bisher decken würde. Dafür ein Beispiel: Man kann den wachsenden Bedarf an höherer Fach- und Berufsausbildung durch Vermehrung der Zahl und der Kapazität unserer Hochschulen berücksichtigen. Man könnte aber auch darangehen, billigere und vielleicht sogar wirksamere höhere Ausbildungsstätten zu schaffen.

Der dritte Schritt wäre es, zu fragen, wie unvermeidlich werdende zusätzliche Staatseinnahmen auf die Staats- und Wirtschaftsbürger verteilt werden sollen. Auch hier müßte es sich rationalerweise um eine umfassende Reform des bestehenden Steuersystems, nicht bloß um eine Erhöhung der Steuersätze bei den vorhandenen Steuerarten handeln. Es würde also um eine umfassende Steuerreform gehen. Das bisherige Schicksal der großen Steuerreform wie der hinhaltende Widerstand, auf den bei uns die Einführung einer Mehrwertsteuer gestoßen ist, lehren, daß unter den gegebenen Verhältnissen solche Reformen kaum realisierbar sind. Zu vielfältige Interessengegensätze werden virulent. Und es ist dann das Schicksal solcher Reformpläne, daß die Widerstände der benachteiligten Gruppen rascher und nachhaltiger wirksam werden als die Förderung durch diejenigen Gruppen, die Vorteile daraus ziehen. Liegen diese Vorteile bei der Gesamtheit und treffen sie den einzelnen deshalb nur mittelbar, so wirken sie sich in unserem System des Lobbyismus gewöhnlich überhaupt nicht aus. Bei dem kurzfristigen Denken unserer Staats- und Wirtschaftsbürger ist es in unserer pluralistischen Gesellschaft eben schwer, wenn nicht gar unmöglich, selbst solche Reformen durchzusetzen, die langfristig allen Beteiligten erhebliche Vorteile verschaffen, wenn diese Reformen auch nur vorübergehend mit spürbaren Einbußen von Einkommen oder Macht verbunden sind oder auch nur verbunden zu sein scheinen.

VORAUSSETZUNGEN RATIONALER URTEILSBILDUNG UND ENTSCHEIDUNGEN IN UNSERER PLURALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich werden lassen, weshalb unter den Gegebenheiten unserer pluralistischen Gesellschaft einer rationalen Urteilsbildung und Entscheidung über eine Neubestimmung des Bedarfs unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Situation ist — wenn nicht quantitativ so doch qualitativ — eine ähnliche wie bei einer in einen Kriegszustand geratenen Nation, die ja ebenfalls ihren Bedarf ändern muß. Der Unterschied liegt natürlich darin, daß wir weit eher als eine kriegführende Nation in der Lage sind, auf eine Bedarfsumbildung einfach zu verzichten. Daher ist das Wahrscheinlichste, daß es günstigstenfalls zu so unzulänglichen Maßnahmen kommen wird, wie sie das vom Bundeskanzler auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf proklamierte „Deutsche Gemeinschaftswerk" darstellt. Es kann doch wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es sich bei 4 bis 5 Mrd. DM im Jahre nur um eine Tröpfelflasche handeln kann, die nicht entfernt in der Lage ist, den Nachholdurst zu stillen, wie rigoros man auch die bisher aufgestellten Investitionspläne zusammenstreichen mag. Die andere alternative Gefahr, die anwachsen dürfte, wenn wir es noch viele Jahre bei einer Tröpfelflasche belassen würden oder noch nicht einmal diese zu schaffen vermögen, besteht darin, daß es mangels rationaler Entscheidungsmöglichkeiten wie in Kriegszeiten eines Tages zu rapide anwachsenden Staatsausgaben und Inflationserscheinungen kommen wird.

Will man in der Lage sein, beide Alternativen zu vermeiden, so wird sich einiges in den Verhältnissen unserer pluralistischen Gesellschaft ändern müssen. Dazu wäre auf Grund der vorangegangenen Analyse vor allem folgendes zu rechnen:

1. Das Eiligste, weil Langwierigste, wäre die Einführung eines neuen Bildungs- und Ausbildungssystems, in dessen Mittelpunkt die politische und sozialökonomische Bildung steht, damit das Verständnis der makroökonomischen und makropolitischen Zusammenhänge sowohl bei der Wählerschaft als auch bei den aktiven Politikern verbessert wird.

2. In Verbindung mit unserer Bildungsreform müßte es zu einem Abbau oder einer Ergänzung des Spezialisierungsprozesses kommen, also zu einer Reintegration, die wenigstens einen zureichenden Teil der Spezialisten in den Stand setzt, zu verstehen, was in den Nachbardisziplinen vor sich geht, um bei der Urteilsbildung über komplexe politische Fragen behilflich sein zu können.

3. Die Ratschläge von Fachleuten dürften in Zukunft nur äußerst kritische Verwendung finden, wenn diese Ratschläge offensichtlich durch die Interessenlage der Fachleute deformiert sind. Nur beratende Hinzuziehung der Spezialisten sollte in Frage kommen, wenn es um die Reform ihrer eigenen Angelegenheiten geht. Das gilt z. B. für unsere Bildungs- und Hochschulreform.

4. Insbesondere für die Verwirklichung der drei bisher genannten Punkte müßten unsere Wissenschaften, besonders die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, dem praktisch Notwendigen, d. h. dem die Not unserer wirtschaftlichen und politischen Praxis Wendenden, stärker als bisher verpflichtet werden. — Wahrscheinlich könnten unsere Universitäten solchen Auf-

gaben leichter gerecht werden, wenn sie von der höheren Berufsausbildung weitgehend entlastet würden. Sollte aber die höhere Berufsausbildung auf den Universitäten verbleiben, so müßte die bisherige Verbindung von Forschung und Lehre eine sinnvolle Revision erfahren.

5. Die informative und kritisch analytische Funktion unserer Kommunikationsmittel (Presse, Rundfunk und Fernsehen) müßten aktiviert werden. Diese für eine moderne demokratische Gesellschaft so entscheidend wichtigen Orientierungsmittel müßten stärker als bisher nicht die Verwirrung, sondern die Klarheit — nicht das Gefühl, sondern die Vernunft pflegen.

6. Es müßte sich durch eine entsprechende Führungsauslese eine Stärkung derjenigen politischen Elemente durchsetzen, die bereit und fähig sind, über persönliche Machtpolitik und Parteidisziplin nicht die Sachnotwendigkeiten zu vergessen.

Besonders, aber nicht n u r der letzte Punkt mag den Eindruck erweckt haben, daß hier schlicht die Forderung gestellt worden ist, wir sollten uns wie Münchhausen am eigenen Zopf aus unseren Verhältnissen herausziehen. Denn, wenn es richtig ist, daß diese Verhältnisse durch ein allgemein feststellbares Überwuchern persönlichen Einkommens- und Machtstrebens unter Vorherrschaft kurzfristiger Aspekte gekennzeichnet sind, so liegt hier offensichtlich ein Prozeß vor, der schon seit Jahren über die Vorherrschaft der Grenzmoral selbst induktiv einen negativen Zirkel in Gang gesetzt hat. Wenn erst einmal das individuelle Streben nach äußerlich sichtbarem Erfolg das Außengeleitetsein einer Gesellschaft über einen bestimmten Punkt hinausbringt, sieht sich jeder, der überhaupt im öffentlichen Leben wirksam werden will, in die Situation gedrängt, die gleiche Verhaltensweise an den Tag zu legen. Man könnte daraus folgern, ein solcher Zirkel kann erfahrungsgemäß — wenn überhaupt — nur unter zwei Bedingungen durchbrochen werden: einmal durch eine katastrophenähnliche Änderung der Gesamtsituation, welche die Existenz aller in Frage stellt und daher zu einer neuen Rationalität zwingt, zum anderen durch eine oppositionelle Reaktion der jungen Generation, die aus emotionalen Gründen den Stil der alten Generation ablehnt.

Dazu wäre zu sagen: Kein vernünftiger Mensch, auch der unerbittlichste Feind unserer Verhältnisse, könnte etwas Katastrophenähnliches herbeiwünschen, denn das müßte heute im Atomzeitalter wohl immer auf eine Weltkatastrophe hinauslaufen. Und was unsere junge Generation anlangt, so scheint sie mir vorläufig mindestens so konformistisch wie ihre Eltern zu sein; und so weit sie zu betontem Nonkonformismus neigt, betätigt sich diese Haltung in ihrer eigenen Erlebniswelt und richtet sich verständlicherweise aus unzureichend entwickeltem Realitätsbewußtsein nicht auf die problematischen Zeitumstände unserer Gesellschaft.

Trotz alledem brauchte man nicht ohne weiteres pessimistisch zu sein. Es scheint nämlich, daß parallel zum konformistischen Zirkel ein wachsendes Unbehagen mehr oder weniger in allen Schichten und Gruppen unserer Gesellschaft ebenso wie in allen politischen Parteien feststellbar ist. Dieses Unbehagen konnte bisher noch keine rationale Gestalt gewinnen, weil die meisten nicht zu erkennen vermögen, wo der Fehler eigentlich steckt, oder weil sie keine Kristallisationspunkte entdecken können, von denen eine Revision der Verhältnisse ausgehen könnte. Denn natürlich kann in unserer Gesellschaft ein einzelner nur etwas ausrichten, soweit er eine Bewegung verursachen oder sich einer Bewegung anzuschließen vermag. Das einzelne Beispiel zählt nichts, soweit es nicht Anstoß zu oder Teilwille von einer Bewegung ist.

Die Frage, die übrig bleibt, ist die, ob es zu Kristallisationspunkten, zu neuen Bewegungen kommen wird innerhalb oder außerhalb der vorhandenen Organisationen und Parteien. Das scheint mir eine offene Frage zu sein, die man pessimistisch oder optimistisch je nach seiner persönlichen Neigung beantworten kann. Aber ohne solche neuen politischen Impulse, welche die hier gekennzeichneten Umstände zum besseren wenden, werden wir weder in der Lage sein, unser Problem einer revidierten Bedarfsbildung sachgerecht zu lösen, noch werden wir eine situationsgerecht sich wandelnde Wirtschaftsordnung überhaupt verwirklichen können. Es wird dann in zunehmendem Maße für unsere Politik kennzeichnend sein, daß unvereinbare Ziele immer wieder gleichzeitig propagiert werden — für unser Thema: daß der Nachholbedarf bestehen bleibt, bzw. weiter anwächst oder daß die Konkurrenz zwischen alten und neuen Bedarfen nicht nur absolut, sondern sogar relativ wachsende Staatsausgaben und beschleunigte Inflation früher oder später unvermeidlich werden läßt.